



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Anton Kreitmair, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Hans Ritt, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Klaus Steiner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**

Keine Diffamierung der Landwirtschaft durch Bundesministerin Hendricks zulassen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag ist der Auffassung, dass die Kampagne von Bundesministerin Hendricks „die neuen Bauernregeln“, die im Hinblick auf die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik gestartet wurde, eine Diffamierung der gesamten Landwirtschaft darstellt. Eine ganze Berufsgruppe wird mit diesem Vorgehen unter Verwendung von Steuergeldern pauschal an den Pranger gestellt, was keinesfalls toleriert werden kann.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Kampagne von Bundesministerin Hendricks mit sofortiger Wirkung gestoppt wird.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen weiterhin für eine an den Erfordernissen bäuerlicher Familienbetriebe ausgerichtete und gleichzeitig gesellschaftlich akzeptierte Agrarpolitik einzusetzen und den konstruktiven Dialog hierzu fortzusetzen.

Begründung:

In Bayern wirtschaften rd. 110.000 landwirtschaftliche Betriebe auf rd. 3,2 Mio. Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb Deutschlands befindet sich damit in Bayern. Unsere Bäuerinnen und Bauern versorgen zuverlässig die Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln und pflegen unsere vielfältige Kulturlandschaft. Bei der Ausrichtung der Agrarpolitik hat Bayern stets darauf geachtet, dass die Leistungen der Landwirtschaft, die nicht über den Marktpreis abgedeckt werden, in entsprechenden Förderprogrammen berücksichtigt werden. Für die zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik auf europäischer Ebene, aber auch auf nationaler Ebene ist es dringend notwendig, dass diese Leistungen, insbesondere die unserer Familienbetriebe, weiterhin Anerkennung finden. Unsere Bäuerinnen und Bauern haben es verdient, ernst genommen zu werden. Genauso ernst wie auch respektvoll ist der Dialog mit ihnen zu führen. Die mit Steuermitteln finanzierten, verallgemeinernden und gleichzeitig platten Sprüche der Kampagne von Bundesministerin Hendricks wirken beleidigend auf die Berufsgruppe und werden dieser Anforderung in keinsten Weise gerecht.